



Haushalts- und Finanzausschuss

58. Sitzung (öffentlicher Teil)^{*)}

12. Juni 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 11:05 Uhr;

13:15 Uhr bis 15:15 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

| | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Aktuelle Situation und Geschäftsentwicklung der Landesbank NRW und der WestLB AG | 1 |
|----------|---|----------|

Gespräch mit dem Vorsitzenden des Vorstandes der Landesbank NRW, Herrn Dr. Bernd Lüthje, und dem Vorstandsvorsitzenden der WestLB AG, Herrn Jürgen Sengera

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, **vertraulich** zu beraten (s. *Vertr. APr 13/27*).

^{*)} Vertraulicher Teil zu TOP 1 s. *Vertr. APr 13/27*

- 2 **Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Nachtragshaushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2003)** 1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4000

Der Ausschuss diskutiert einzelne Aspekte des Nachtragshaushaltsentwurfs mit den Vertretern des Finanzministeriums.

Der **Antrag** von Helmut Diegel (CDU)

"Der Ausschuss beschließt, dass das Parlament durch die Landesregierung zur nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses über die beabsichtigte Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe titelscharf informiert werden soll."

wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und einer Stimme aus der FDP-Fraktion bei einer Stimmenthaltung aus der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Die abschließende Beratung soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

- 3 **Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2002 und Zusammenstellung der Überschreitungen mit Beträgen unter 25.000 Euro im gesamten Haushaltsjahr 2002** 11

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 13/2135

Nach kurzer Aussprache **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP, die mit Vorlage 13/2135 mitgeteilten über- und außerplanmäßigen Ausgaben **zu genehmigen**.

Berichtersteller: Wolfgang Dietrich (CDU)

4 Handlungsfähigkeit gewinnen durch nachhaltige Finanzpolitik - Instrumente zur Evaluation langfristiger Haushaltsentwicklungen einsetzen 12

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksachen 13/2645 und 13/3341
Ausschussprotokoll 13/780

Die Beratung wird einvernehmlich vertagt.

5 Das Gesetz zur Errichtung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW (BLBG) einer kritischen Prüfung unterziehen 12

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2282

In Verbindung damit:

Autonomie ernst nehmen - Nordrhein-Westfälische Hochschulen aus der Zuständigkeit des Bau- und Liegenschaftsbetriebes entlassen!

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2290

Vorlagen 13/2134, 13/2136

Ausschussprotokoll 13/814

Der **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2282** wird von der antragstellenden Fraktion als **erledigt** betrachtet.

Der **Antrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2290** wird ohne erneute Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP **abgelehnt**.

6 Autonomie der Hochschulen stärken: Umwandlung in Stiftungen ermöglichen! 13

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3805

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss ohne Aussprache mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, den **Antrag abzulehnen**.

- 7 Wirtschaft nicht weiter verunsichern: Basel II darf so nicht in Kraft treten** 13
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksachen 13/3285 und 13/3769
Ausschussprotokoll 13/854
- Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss ebenfalls ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den **Antrag abzulehnen**.
- 8 Steuerbefreiung für Übungsleiter im Sport und andere als gemeinnützig anerkannte Tätigkeiten** 13
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3593
Vorlagen 13/2133 und 13/2161
- Nach kurzer Aussprache wird der **Antrag** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP **abgelehnt**.
- 9 Gesetz zur Weiterentwicklung der Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege** 14
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2942
Ausschussprotokoll 13/804
- Ohne erneute Beratung **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, den **Gesetzentwurf abzulehnen**.
- 10 Kostenfreiheit des Bildungsangebotes von Tageseinrichtungen für Kinder** 14
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3716
- Der Ausschuss **beschließt** ohne Diskussion einstimmig, den Antrag **ohne Votum** an den federführenden Ausschuss weiterzugeben.

11 Initiative für Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit 15

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3445

In Verbindung damit:

Gemeinsame Initiative für Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3473

Und:

Mittelstand entlasten - neue Arbeitsplätze für NRW schaffen

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3471

Der Ausschuss **beschließt** ebenfalls ohne Diskussion einstimmig, gegenüber dem federführenden Ausschuss **kein Votum** abzugeben.

12 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes (Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen - PFG NW) 15

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3498

Ausschussprotokoll 13/846

Nach kurzer abschließender Debatte **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den **Gesetzentwurf anzunehmen**.

13 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen 17

Vorlage 13/2142

Der Ausschuss nimmt ohne Aussprache von der Vorlage Kenntnis.

14 Verschiedenes 17

Aus der Diskussion

1 Aktuelle Situation und Geschäftsentwicklung der Landesbank NRW und der WestLB AG

Gespräch mit dem Vorsitzenden des Vorstandes der Landesbank NRW, Herrn Dr. Bernd Lüthje, und dem Vorstandsvorsitzenden der WestLB AG, Herrn Jürgen Sengera

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, diesen Punkt in vertraulicher Sitzung zu beraten (s. *Vertr. APr 13/27*).

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Nachtragshaushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2003)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4000

Vorsitzender Volkmar Klein stellt vorab fest, der Gesetzentwurf sei an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - und zur Mitberatung an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen worden. Da die abschließende Behandlung am 25. Juni erfolgen solle, habe er die Berichterstatterinnen und Berichterstatter gebeten, ihre Gespräche bis etwa 20. Juni abzuschließen.

Zur generellen Aussprache ergeben sich keine Wortmeldungen. - Der Vorsitzende schlägt vor, sich zu den einzelnen Bereichen, die im Ausschuss diskutiert werden sollten, zu melden.

Norbert Post (CDU) hätte zu den Personalaufwendungen gerne gewusst, in welcher Richtung sich die Landesregierung bezüglich der Beamtenbesoldung bewegen wolle und wie es mit dem Urlaubsgeld und dem Weihnachtsgeld weitergehe.

Nach Angaben von **Minister Jochen Dieckmann (FM)** wird die Landesregierung darüber in Kürze entscheiden; sie werde sich daran orientieren, die Haushaltsansätze zu erreichen. Bekanntlich gebe es eine globale Minderausgabe von 280 Millionen €. Die bundesgesetzlichen Voraussetzungen seien noch nicht geschaffen, sodass von daher noch kein unmittelbarer Handlungsdruck bestehe.

Handlungsdruck verspüre er als Parlamentarier schon, entgegnet **Helmut Diegel (CDU)**, vor allem weil sich die möglicherweise Betroffenen bei den Fraktionen intensiv zu Wort meldeten. Er wüsste zumindest gerne, wann die Landesregierung beabsichtige, einen Beschluss zu fassen. Immerhin hätten andere Länder wie Baden-Württemberg schon die entsprechenden Schritte gemacht.

Minister Jochen Dieckmann (FM) stimmt zu, dass natürlich alle Betroffenen Druck verspürten. Allerdings könne eine landesrechtliche Entscheidung ohne bundesgesetzliche Ermächtigung nicht getroffen und auch nicht vorbereitet werden. Im Bundesrat zeichne sich nach der Beratung im Finanzausschuss ab, dass es Vorbehalte gegen die Einmalzahlung gebe und dass bezüglich der Übernahme des Tarifergebnisses auf Besoldung und Versorgung weitergehende Wünsche der Länder bestünden. Die Finanzminister der Länder seien sich einig in dem Bestreben, die Übernahme des Tarifergebnisses in Grenzen zu halten.

Er könne noch nicht sagen, wie sich das Verfahren des Bundesgesetzgebers weiterentwickeln werde. Möglicherweise werde es nicht so rechtzeitig abgeschlossen sein, dass die Landesregierung noch vor der Sommerpause entscheiden könne. Das wäre misslich, weil das nachgelagerte Gesetzgebungsverfahren, das der Landtag durchzuführen habe, auch noch Zeit beanspruchen werde.

Die Landesregierung habe geprüft, ob es möglich sei, schon ein Parallelverfahren einzuleiten. Das komme nicht in Betracht, weil man in einer derart sensiblen Angelegenheit gut beraten sei, weder falsche Hoffnungen zu wecken noch zu früh Entwarnung zu geben. Die Anliegen der Bediensteten seien der Landesregierung bekannt. Von daher werde kein Tag versäumt. Er halte es aber für richtig, jetzt keine Spekulationen zu fördern.

Helmut Diegel (CDU) möchte wissen, wie sich das Land bei den Beratungen im Bundesrat, insbesondere zur Frage der Öffnungsklausel, eingebracht habe.

Es gebe zurzeit Spekulationen, wonach eine Streichung des Urlaubsgeldes in diesem Jahr aus Zeitgründen nicht mehr in Betracht komme. Auf der anderen Seite solle es Überlegungen geben, diese Urlaubsgeldzahlung vom Weihnachtsgeld wieder abzuziehen. Den Betroffenen sei mit solchen Meldungen nicht geholfen. Er meine, auch die nordrhein-westfälischen Bediensteten hätten ein Recht zu erfahren, was denn nun auf sie zukomme.

Von der angesprochenen Überlegung gedenke er nicht Gebrauch zu machen, erwidert **Minister Jochen Dieckmann (FM)**; sie sei außerhalb Nordrhein-Westfalens entstanden.

Das Land Nordrhein-Westfalen habe sich bei den Beratungen im Bundesrat für die Einführung einer Öffnungsklausel bei der Übernahme des Tarifergebnisses von bis zu sechs Monaten und zugleich gegen eine Übernahme der Einmalzahlung ausgesprochen.

Helmut Diegel (CDU) trägt sodann vor, er habe in der Plenarsitzung am 6. Juni dargelegt, für die CDU-Fraktion sei es nicht nachvollziehbar, dass aufgrund der Mehrbelastungen im Länderfinanzausgleich rund 500 Millionen € "zusätzlich" in den Nachtrag eingestellt worden seien. Im Hinblick darauf habe er den Ministerpräsidenten gefragt, ob das denn nun alles sei, woraufhin Ministerpräsident Steinbrück geantwortet habe: "Nein!" - Er unterstelle, dass der Ministerpräsident das bewusst gesagt habe. Deshalb erwarte er, von der Landesregierung nun aufgelistet zu bekommen, wo weitere Löcher drohten.

Minister Jochen Dieckmann (FM) legt dar, als er nach dem Vorliegen des Ergebnisses der Steuerschätzung eine Pressekonferenz anberaumt und dabei vorgetragen habe, dass es ohne Nachtragshaushalt nicht gehen werde, sei noch keine Gelegenheit gewesen, sich zu weiteren Mehrbelastungen zu äußern. Im Zuge der Regionalisierung seien dann die Mehrbelastungen im Länderfinanzausgleich von 500 Millionen € ermittelt worden. Diese und weitere Mehrbelastungen habe die Landesregierung dann bei der Erarbeitung des Nachtragshaushalts berücksichtigt.

Mit dem Entwurf des Nachtragshaushalts habe die Landesregierung alles auf den Tisch gelegt, was erkennbar sei.

Helmut Diegel (CDU) glaubt sich erinnern zu können, dass der Finanzminister in der von ihm angesprochenen Pressekonferenz auch auf Fragen der Regionalisierung und auf Zerlegungseffekte eingegangen sei. - Abgesehen davon halte er seine Frage, mit welchen Löchern das Land noch rechnen müsse, für nicht beantwortet.

Minister Jochen Dieckmann (FM) erklärt, er kenne keine Unsicherheitsfaktoren in einer Größenordnung, dass Herr Diegel sie als "Löcher" bezeichnen könnte. Der Nachtragsentwurf sei nach bestem Wissen und Gewissen des Finanzministers erstellt worden.

Angela Freimuth (FDP) weist darauf hin, dass die Steuerschätzung von einem Wirtschaftswachstum von 0,75 % ausgegangen sei, dass aber Bundesregierung und Bundesbank von einem niedrigeren Wachstum ausgingen. Sie fragt, welche Auswirkungen auf den Landeshaushalt das nach Meinung der Landesregierung haben werde.

MDgt Steller (FM) erläutert, bei der Steuerschätzung sei man von einem Wirtschaftswachstum von 0,75 % ausgegangen. Neuere Erkenntnisse deuteten darauf hin, dass das Wachstum nur 0,5 % - oder noch etwas weniger - betragen werde. Das sei für das Finanzministerium Anlass gewesen, zu überprüfen, ob es bei den Steueransätzen bleiben könne. Das Ergebnis laute "ja", weil erstens die Differenz zu den ursprünglichen Annahmen zu gering sei, um zu eindeutig anderen Aussagen zu gelangen, und weil zweitens eine schematische Umrechnung dieses Faktors zu kurz greifen würde, denn nicht alle Steuereinnahmen gingen bei einem Rückgang des Wirtschaftswachstums sofort 1:1 zurück.

Viel entscheidender sei die Entwicklung bestimmter gesamtwirtschaftlicher Aggregate wie der Bruttolöhne und -gehälter und des privaten Verbrauchs. Sie beeinflussten die Bemessungsgrundlagen der Lohn- und der Umsatzsteuer, also der Steuerarten, die kurzfristig auf konjunkturelle Veränderungen reagierten. Diese Aggregate seien besonders vorsichtig geschätzt worden. Bei der Entwicklung der Bruttolöhne gingen die Steuererschätzer von einem Anstieg von 1,0 %, die privaten Wirtschaftsforschungsinstitute dagegen von einem Anstieg von 1,1 % aus. Beim privaten Konsum sei bei der Steuererschätzung ein Plus 1,8 % zugrunde gelegt worden, während die Wirtschaftsinstitute von einem Plus von sogar 1,9 % ausgingen.

Von daher könne er mit Fug und Recht sagen, dass die Landesregierung die Steuereinnahmen nach bestem Wissen und Gewissen veranschlagt habe. Es gebe derzeit keine Veranlassung, von den Zahlen des Nachtragshaushaltsentwurfs abzuweichen.

Diese Argumentation wirke etwas gekünstelt, bemerkt **Helmut Diegel (CDU)**. Dem Parlament sei doch nicht verborgen geblieben, dass bei sämtlichen Steuerarten die Einnahmen flächendeckend eingebrochen seien. Wenn die Korrektur der Wachstumsdaten, die die Bundesregierung zu einer Korrektur der Einnahmen veranlasst habe, die Landesregierung nicht veranlasse, eine Korrektur vorzunehmen, halte er das für grob fahrlässig. Das gelte umso mehr, als sich das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen noch schlechter als in anderen Ländern entwickle.

Er bitte den Finanzminister darzulegen, inwieweit es weitere Löcher gebe, und Korrekturen vorzunehmen. Alles andere sei nicht verantwortbar, denn es führe ja dazu, dass die Nettoneuverschuldung über die jetzt vorgesehenen 1,9 Milliarden € noch hinausgehe.

Auch **Angela Freimuth (FDP)** hat nicht verstanden, warum das Land die entsprechenden Zahlen nicht korrigiere, sondern offenbar weiterhin von einem Wirtschaftswachstum von 0,75 % ausgehe.

Dr. Stefan Grüll (FDP) schließt sich dem an. Wenn das, was Herr Steller gesagt habe, Handlungsmaxime der Landesregierung sei, könne er nachvollziehen, dass Ministerpräsident Steinbrück auf die Frage von Herrn Diegel, ob das, was im Nachtragshaushalt stehe, alles sei, mit "Nein" geantwortet habe. Für ihn sei das keine ordentliche Diskussionsgrundlage.

Der Redner fragt, ob das Finanzministerium wenigstens hilfsweise Überlegungen angestellt habe, wie es auf veränderte Bedingungen, mit denen ja zu rechnen sei, reagieren werde, und ob es bereit sei, dem Ausschuss die Alternativszenarien zu einem frühen Zeitpunkt darzulegen.

Edith Müller (GRÜNE) bittet, zur Versachlichung der Diskussion die von Herrn Steller vorgetragenen Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Steueraufkommen einmal schriftlich dargelegt zu bekommen.

Haushalts- und Finanzausschuss
58. Sitzung (öffentlicher Teil)

12.06.2003
ei-beh

MDgt Steller (FM) sagt das zu und stellt ergänzend fest, das Wirtschaftswachstum sei sicherlich ein Indikator für das Steueraufkommen; die Steuereinnahmen reagierten aber nicht sofort 1:1, sondern mit Verzögerung. Bei einem Wachstumsrückgang verharrten manche Steuern noch eine gewisse Zeit auf ihrem Niveau. Die Steuerarten, die sofort reagierten, nämlich die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer, seien von der Steuerschätzung noch ungünstiger angesetzt worden als von den Wirtschaftsinstituten. Das sei bundeseinheitlich so zugrunde gelegt worden. Die Landesregierung habe selbstverständlich bei der Umsatzsteuer, der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer im Hinblick auf die geänderten wirtschaftlichen Daten gegenüber den ursprünglichen Annahmen deutliche Reduzierungen vorgenommen und sei damit auf der sicheren Seite.

Die Schlussfolgerung des **Vorsitzenden**, dass also keine Ergänzungsvorlage zum Nachtragshaushalt vorgesehen sei, bestätigt **Minister Jochen Dieckmann (FM)**. Er fügt hinzu, natürlich gebe es im Vollzug eines Haushalts immer weitere Risiken. Das, was heute erkennbar sei, habe die Landesregierung in einer Form und einer Systematik, die Herr Steller seines Erachtens nachvollziehbar dargelegt habe, zugrunde gelegt.

Ob das heiße, dass die Landesregierung von einem höheren Wirtschaftswachstum als 0,5 % ausgehe, fragt **Angela Freimuth (FDP)**. - **Minister Jochen Dieckmann (FM)** verneint. Weder in der einen noch in der anderen Richtung gebe es einen Gleichschritt zwischen Wachstum und Steuereinnahmen. Angesichts der differenzierten Herangehensweise bei den einzelnen Steuerarten sei Nordrhein-Westfalen auf der sicheren Seite.

Helmut Diegel (CDU) stellt fest, bei dem beim Verfassungsgerichtshof in Münster anhängigen Verfahren habe der Prozessvertreter der Landesregierung erklärt und begründet, dass es bei einem Wirtschaftswachstum ab 1 % Auswirkungen in Form zusätzlicher Steuereinnahmen gebe. Im Umkehrschluss bedeute das doch wohl auch sinkende Steuereinnahmen bei zurückgehendem Wachstum. Er sehe hier einen Dissens zwischen dem Prozessvertreter der Landesregierung und den heutigen Darlegungen des Finanzministeriums. Unabhängig davon habe ja Ministerpräsident Steinbrück das Parlament auf die Spur gebracht, nach weiteren Einnahmerückgängen zu fragen.

Dr. Stefan Grüll (FDP) wiederholt seine Frage nach den Alternativszenarien. Wenn der Ausschuss mitwirken solle, setze das eine Kenntnis der alternativen Überlegungen voraus.

Minister Jochen Dieckmann (FM) sieht keine Veranlassung, Alternativszenarien zur Debatte zu stellen. Es gebe einen Vorschlag der Landesregierung, der Gegenstand der Beratung sei.

MDgt Dr. Berg (FM) führt ergänzend aus, nach jetzigem Stand gebe es weder auf der Ausgaben- noch auf der Einnahmenseite ein Risiko.

Haushalts- und Finanzausschuss
58. Sitzung (öffentlicher Teil)

12.06.2003
ei-hoe

Was die Einnahmeseite angehe, sei die These, dass 0,5 % weniger Wachstum 150 Millionen € weniger Steuereinnahmen bedeuteten, falsch; denn nicht alle Steuerarten korrelierten mit dem realen Wachstum. Die Erbschaftsteuer und die Kraftfahrzeugsteuer hätten beispielsweise gar nichts damit zu tun. Auch die Umsatzsteuer hänge nicht vom realen Wachstum, sondern vom Umsatz ab. Bei der Lohnsteuer sei zu berücksichtigen, dass auch in dieser Phase sehr geringen Wachstums die Tarifergebnisse weit über 2 % gelegen hätten.

Auch auf der Ausgabenseite seien alle erkennbaren Risiken, die beispielsweise im Zusammenhang mit den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im vierten Quartal 2002 erkennbar geworden seien, mit dem Nachtragsentwurf aufgefangen worden.

Angela Freimuth (FDP) hört gerne, dass es keine Risiken gebe. Allerdings sei so etwas auch in den vergangenen Jahren gesagt worden, und trotzdem sei im Ergebnis die Neuverschuldung angestiegen. Von daher sei sie im Augenblick von der Aussage noch nicht überzeugt.

Dr. Stefan Grüll (FDP) stellt fest, Bundesfinanzminister Eichel habe laut "Stuttgarter Zeitung" vom 16. Mai eingeräumt, es sei offen, ob ein Wachstums von 0,75 % erreicht werde; dies werde in den neuen Trends berücksichtigt, und die 40 Steuerarten würden konservativ kalkuliert. - Diese Aussage könne er besser nachvollziehen als das, was Minister Dieckmann heute vorgetragen habe.

Da für ihn der Dissens zwischen Ministerpräsident Steinbrück und Finanzminister Dieckmann noch nicht aufgeklärt sei, wäre er dankbar, wenn der Ministerpräsident gegenüber dem Ausschuss erläutern könnte, was er in der Plenardebatte gemeint habe, als er auf die Frage von Herrn Diegel, ob das alles sei, mit "Nein" geantwortet habe.

Minister Jochen Dieckmann (FM) hat den Eindruck, dass es bei Regierung und Oppositionsfraktionen eine unterschiedliche Annäherung an die Frage gebe, was eine Prognose leisten könne. So verstehe er auch den Zwischenruf des Ministerpräsidenten im Plenum. Im Nachhinein könne jeder sagen, er habe gewusst, dass die Prognose falsch sei; die Kunst bestehe aber darin, alles Erdenkliche zu tun, um im Vorhinein eine richtige Aussage zu treffen. Die Landesregierung habe die Verantwortung ausgeübt, die ihr in einem solchen Verfahren mit den derzeitigen Möglichkeiten zukomme. Das sei aber keine Garantieerklärung für die weitere Entwicklung. Er sei jedoch sehr sicher, dass die Landesregierung nach dem, was sie heute wisse, die richtigen Ansätze gewählt habe.

Helmut Diegel (CDU) fragt sodann, ob angesichts der Tatsache, dass die WestLB AG keine Dividende zahlen werde, eine Korrektur des Einnahmeansatzes von 18 Millionen € vorgenommen worden sei. - Dazu wird es nach Angaben von **Minister Jochen Dieckmann (FM)** noch eine Information geben.

Des Weiteren spricht **Helmut Diegel (CDU)** die globalen Minderausgaben an, deren Erbringung bislang ja noch nicht titelspezifisch dargestellt worden sei. Auch aufgrund der Erfahrungen aus den Berichterstattergesprächen halte er es für notwendig, dass die Landesregierung dem Parlament sage, bei welchen Titeln die Perspektiven für das Erreichen einer globalen Minderausgabe gesehen würden. Ansonsten sei der Aufruf der Landesregierung an das Parlament, dabei mitzuhelfen, nicht nachzuvollziehen.

Bei der globalen Minderausgabe sei die Ressorthoheit aller Ministerien der Landesregierung zu respektieren, antwortet **Minister Jochen Dieckmann (FM)**. Die globale Minderausgabe fordere den Ressorts große Anstrengungen ab, gebe ihnen aber auch Gestaltungsspielräume, die sachgerecht seien. Dies im Einzelnen im Vorhinein festzulegen, hielte er für kontraproduktiv.

Angela Freimuth (FDP) erinnert daran, dass **Ministerpräsident Peer Steinbrück** bei der Einbringung des Haushalts 2003 im November 2002 deutlich gesagt habe, dass es nicht so weitergehe und dass auch die Landtagsfraktionen den Mut zu Streichungen aufbringen sollten. Die Landesregierung schlage selbst aber sowohl bei der zweiten Haushaltsergänzung wie auch beim Nachtragshaushalt lediglich globale Minderausgaben vor. Sie frage sich, wie die Landesregierung das Reden auf der einen und das Handeln auf der anderen Seite in Einklang bringen wolle und ob das Ausbringen von globalen Minderausgaben nicht als Ausdruck von Hilflosigkeit zu werten sei.

Aus ihrer Sicht sei die Landesregierung rechenschaftspflichtig. Zwar hätten die Ressorts unbestritten Gestaltungsspielräume; der Ausschuss müsse aber erfahren, wo letztlich gespart werde, denn das Budgetrecht liege nach wie vor beim Parlament.

Dr. Stefan Grüll (FDP) stellt klar, es gehe nicht darum, dass der Finanzminister den anderen Ressorts Vorgaben machen solle; das Gestaltungsrecht der Ressorts werde nicht infrage gestellt. Es gebe aber sicherlich Planungen in den Ministerien, die der Finanzminister abfragen könne, um dem Ausschuss darüber zu berichten. Erst dann sei der Landtag in der Lage, die Schwerpunkte zu erkennen und diese - in der Wahrnehmung seines Budgetrechts - politisch zu bewerten.

Gisela Walsken (SPD) entgegnet, die Informationen zur Erbringung der globalen Minderausgabe seien zeitnah ergangen. Frau Freimuth sei selbst Berichterstatterin zu einem Einzelplan und sollte nicht so tun, als hätte sie keine Chance gehabt, die notwendigen Auskünfte zu erhalten.

Es sei festzustellen, dass Strukturveränderungen mit diesem Nachtragshaushalt nicht mehr erfolgen könnten, weil man im Haushaltsjahr schon zu weit fortgeschritten sei. Allerdings könne man sich schon bald - möglichst gemeinsam - den Haushaltsentwurf 2004/05 vornehmen, der nachhaltige Veränderungspotenziale biete.

Dr. Stefan Grüll (FDP) hat die Berichterstattergespräche anders erlebt als Frau Walsken. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ressorts hätten zwar gesagt, dass es Planungen gebe, die Aufteilung im Einzelnen aber nicht mitgeteilt. - Er möchte daher

Haushalts- und Finanzausschuss
58. Sitzung (öffentlicher Teil)

12.06.2003
ei-hoe

wissen, ob es die Direktive gebe, in den Berichterstattergesprächen ohne Plazet der politischen Abteilung nichts zu sagen. Wenn das so sei, gebe es nur die Möglichkeit, das im Ausschuss darzulegen.

Minister Jochen Dieckmann (FM) stellt fest, zu der globalen Minderausgabe 2003 habe das Parlament zum Ende des ersten Quartals eine ziemlich präzise Auflistung bekommen. Es sei anstrengend gewesen, die seinerzeitige Zusage einzuhalten, weil das für die Ressorts nicht einfach gewesen sei.

Inzwischen hätten die Ressorts ihren Gestaltungsspielraum durch ministerielles Handeln weiter ausgeschöpft; es seien Ausgaben getätigt, Förderbescheide und Aufträge erteilt worden. Das entziehe sich dem zeitnahen Zugriff des Finanzministers. Damit sei er bei der Frage, welche Vorstellungen der Ausschuss von den Konsolidierungsbemühungen der Landesregierung habe. Er sei sehr erstaunt darüber, dass gerade die liberale Fraktion für einen zentralistischen Zugriff des Finanzministers eintrete. Er habe immer die gegenteilige Philosophie verfolgt, Vorgaben gemacht - dazu gehöre auch die globale Minderausgabe - und die Details denen überlassen, die mehr Sachnähe hätten.

Er bekenne sich auch zu diesem modernen Instrument von Finanzpolitik. Wer eine titelscharfe Aufteilung erfahren wolle, verlange das Gegenteil und verkenne darüber hinaus, dass eine solche Aufteilung bei der gegenseitigen Deckungsfähigkeit vieler Ansätze der Wirklichkeit gar nicht gerecht werden könne, sondern ein potemkinsches Dorf darstellen würde. Bisher habe den Ausschuss das Bemühen um ein modernes, großmaßstäbliches Haushaltswesen geeint. Die Opposition sollte aufpassen, dass das nicht durch ihr zweifellos legitimes Frageinteresse und durch ihre Forderung nach Detaileingriffen konkterkariert werde.

Der Minister fährt fort, er wolle die Budgetierung mit der Zuweisung von globalen Anteilen auch bei den Konsolidierungslasten, und das geschehe durch die globale Minderausgabe. Dabei werde das berechnigte Frageinteresse des Parlaments in den Berichterstattergesprächen eingelöst. Er sei bereit, sich bei seinen Ressortkolleginnen und -kollegen dafür stark zu machen, dass gesprächigere Partner in die Berichterstattergespräche kämen; daran solle es nicht scheitern. Aber eine titelscharfe Ausweisung im Juni nutze für den Haushaltsvollzug im November oder im Dezember nichts, und das bitte er zu berücksichtigen.

Sodann sei die Frage, welche Alternativen die Opposition aufzeige. Im Entschließungsantrag der CDU-Fraktion würden einige schicke Vokabeln aufgelistet und Zahlen gegriffen. Das könne es nicht sein; der Landtag habe doch wohl gemeinsam eine größere Verantwortung. Vor allem müsse die CDU-Fraktion die Kriterien, an denen sie die Landesregierung messe, auch bei sich selbst anlegen.

Bei der Forderung im Entschließungsantrag, 200 Millionen € beim Weihnachtsgeld für die Beamten einzusparen, habe die CDU-Fraktion offenbar übersehen, dass bereits Einsparungen von 280 Millionen € im Haushalt stünden. Wenn die Forderung bedeute, dass die CDU-Fraktion das Weihnachtsgeld um weitere 30 % senken wolle, sollte sie das auch gegenüber dem Beamtenbund klar und deutlich sagen. - Die Forderung, 10.000 kw-Stellen künftig abzubauen, sei genauso unrealistisch, weil es Ende 2002 nur noch 8.171 kw-Stellen im Haushalt gegeben habe, wovon 1.458 ohnehin fällig seien.

Haushalts- und Finanzausschuss
58. Sitzung (öffentlicher Teil)

12.06.2003
ei-hoe

Es gehe jetzt darum, kurzfristig Einsparungen vorzunehmen. Das könne der Finanzminister ebenso wenig vorgeben wie die Landtagsfraktionen, sondern das lasse sich nur in der unmittelbaren, konkreten Verantwortung eines Ressorts im Gespräch mit den politischen Gremien erreichen. Dafür wolle er sich gerne einsetzen. Niemand dürfe aber von ihm erwarten, zur politischen Ausgestaltung des Haushaltswesens der 70er-Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückzukehren.

Angela Freimuth (FDP) kann einigen Passagen der Ausführungen des Finanzministers durchaus zustimmen. Auch sie halte es für notwendig, zu einer Budgetierung der Personal- und Sachausgaben zu kommen. Weil es aber noch keine Budgetierung gebe, fehle es auch an den notwendigen Zielvereinbarungen zwischen den Ressorts und dem politischen Raum. Sie nehme gerne das Angebot des Ministers an, sich für eine bessere Kommunikation stark zu machen. Bisher sei die von allen Fraktionen gewünschte Transparenz aber noch nicht zu erkennen.

Auf die Kritik des Finanzministers an dem Entschließungsantrag seiner Fraktion erwidert **Helmut Diegel (CDU)**, was die Einsparungen beim Weihnachtsgeld angehe, habe die Fraktion der Grünen die gleiche Forderung erhoben wie die CDU-Fraktion. Und wenn der Finanzminister Luftbuchungen unterstelle, müsse er ihm die 100 Millionen € entgegenhalten, die der Landeshaushalt für den Verkauf der LEG-Anteile ausweise. Die Landesregierung sei damit bisher noch keinen Schritt weitergekommen.

Der Redner kommt auf das Thema "Globale Minderausgabe" zurück und stellt dazu folgenden Antrag:

"Der Ausschuss beschließt, dass das Parlament durch die Landesregierung zur nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses über die beabsichtigte Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe titelscharf informiert werden soll."

Er bitte die Koalitionsfraktionen um Unterstützung.

Dr. Stefan Grüll (FDP) entgegnet Minister Dieckmann, den Paradigmenwechsel, den der Finanzminister bei der FDP unterstellt habe, gebe es nicht. Er habe lediglich den Sinn von Berichterstattergesprächen in Zweifel gezogen und das auch begründet. Was er damit beabsichtigt habe, habe Herr Diegel in Antragsform gekleidet. Die Frage sei nun, ob das einer formalen Abstimmung bedürfe oder ob Minister Dieckmann möglicherweise von sich aus in aller Deutlichkeit erkläre, dass seine Bereitschaft, auf die Ressorts einzuwirken, was die Gesprächigkeit angehe, dahin zu verstehen sein, dass die Berichterstatterrunden künftig über das in Kenntnis gesetzt würden, was die Ressorts im Hinblick auf die Konkretisierung der globalen Minderausgabe aktuell planten.

Edith Müller (GRÜNE) stellt gegenüber den Ausführungen von Herrn Diegel klar, sie habe sich immer dafür ausgesprochen, dass eine Öffnungsklausel vereinbart und seitens des Personals ein Konsolidierungsbeitrag erbracht werde. Ihre Fraktion habe jedoch bis heute keinen konkreten Vorschlag gemacht, in welchem Ausmaß eine Öffnungsklausel angewandt werden solle. Sie werde aber jeden gemeinsamen Vorschlag

Haushalts- und Finanzausschuss
58. Sitzung (öffentlicher Teil)

12.06.2003
ei-hoe

so lange unterstützen, bis das Personal zur Konsolidierung angemessen beigetragen habe.

Die Fraktion der Grünen werde den Antrag von Herrn Diegel nicht unterstützen, weil er nichts bringe. Für die Durchführung der Berichterstattergespräche sei ein klares Verfahren ausgehandelt worden. Das sei ausreichend.

Den Hinweis von Frau Freimuth, dass Zielvereinbarungen getroffen werden müssten, halte sie für richtig. Das Anliegen sei in der Arbeitsgruppe Haushaltsrecht im Hinblick auf den Haushalt 2004/05 auf einem guten Weg.

Den Ausführungen ihrer Vorrednerin schließt sich **Gisela Walsken (SPD)** an. Auch die SPD-Fraktion werde dem Antrag von Herrn Diegel nicht zustimmen. Er sei unseriös, weil die Ressorts im Hinblick auf den Nachtragshaushalt noch gar nicht so weit sein könnten, Detailauskünfte zu geben. Außerdem sei es angesichts der gegenseitigen Deckungsfähigkeit an vielen Stellen gar nicht möglich, jetzt die Minderausgaben nachzuziehen.

Vor einer Abstimmung über den Antrag von Herrn Diegel fragt **Vorsitzender Volkmar Klein** den Finanzminister, ob er denn - diese Erwartung sei ja geäußert worden - dem Ausschuss vielleicht ohnehin anbieten wolle, die gewünschten Daten bereitzustellen.

Erstens sei das nicht möglich und zweitens wäre das auch nicht Ziel führend, entgegnet **Minister Jochen Dieckmann (FM)**. Es komme darauf an, dass der Konsolidierungsbeitrag erbracht werde. Er verstehe nicht, welches Interesse der Ausschuss daran haben könne, sich in die Belange eines Ressorts so weit einzumischen, dass er die Konsolidierung titelscharf begleite. Er könne nur nachdrücklich zur Zurückhaltung raten, sonst würde auch die bisherige Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitsweisen möglicherweise beschädigt.

Er sei gerne bereit, dem Ausschuss einen Bericht vorzulegen, wie die globale Minderausgabe in den Ressorts erwirtschaftet werden solle. Er werde die Ressorts aber nicht sachwidrig unter Zeitdruck setzen. Es gehe ihm darum, mit einem Minimum an Eingriff einen Maximum an Ertrag zu erreichen, und deshalb könne der Bericht erst nach einer angemessenen Frist gegeben werden. Den Zeitpunkt könne er sicherlich in der nächsten Sitzung konkretisieren.

Außerdem sei er bereit, am Rande der nächsten Kabinettsitzung mit den Kolleginnen und Kollegen zu sprechen, um die Gesprächsbereitschaft bei den Berichterstattergesprächen zu verbessern. Das bedürfe aber keines Beschlusses und keiner weiteren Erklärung, sondern sei bereits festgehalten.

Angela Freimuth (FDP) dankt dem Minister für die Angebote. Dass die Ressorts über die globale Minderausgabe schon einen Vorgeschmack auf die Budgetierung bekämen, sei zu begrüßen. Der andere Teil, der mit der Budgetierung verbunden sein müsse, dass nämlich Zielvereinbarungen getroffen würden, sei bislang aber noch nicht erfüllt. Es müsse doch eine politische Vorstellung im Kabinett geben, mit welcher Priorität die

Haushalts- und Finanzausschuss
58. Sitzung (öffentlicher Teil)

12.06.2003
ei-hoe

Einsparvorgaben realisiert werden sollten. Der Landtag solle dem Nachtrag mit einer beträchtlichen Erhöhung der Netto-Neuverschuldung und einer erheblichen Ausweitung der globalen Minderausgabe zustimmen, ohne dass man sich politisch darüber ausgetauscht habe, welche Prioritäten das Parlament eigentlich gesetzt haben wolle. Für sie sei das mit Budgetrecht des Parlaments nicht vereinbar. Selbstverständlich gehöre zu einer Budgetierung der Personal- und Sachkosten auch eine Delegation der Ausführungsverantwortung. Aber es müsse doch politisch vorgegeben werden, welche Aufgaben auf jeden Fall erfüllt werden müssten und welche Aufgaben auf der Prioritätenliste weiter hinten angesiedelt seien.

Vorsitzender Volkmar Klein stellt fest, durch die Diskussion sei die einheitliche Auffassung des Ausschusses, dass neue Steuerungsmodelle eingeführt werden sollten, nicht infrage gestellt worden. Allerdings müsse klar definiert werden, welche Ziele erreicht werden sollten.

Sodann lässt der Vorsitzende über den Antrag von Herrn Diegel abstimmen. - Der **Ausschuss** lehnt ihn mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und von Dr. Stefan Grüll (FDP) bei Stimmenthaltung von Angela Freimuth (FDP) ab.

3 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2002 und Zusammenstellung der Überschreitungen mit Beträgen unter 25.000 Euro im gesamten Haushaltsjahr 2002

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 13/2135

Wolfgang Dietrich (CDU) fragt zu den lfd. Nrn. 21 und 22 der Vorlage betreffend Kap. 14 050 - Förderung des Wohnungsbaus -, ob es dem Ministerium an Erkenntnisschärfe gefehlt habe oder wie es zu solch gravierenden Abweichungen gegenüber dem Haushaltsansatz habe kommen können.

MDgt Dr. Berg (FM) stellt fest, die Erkenntnis habe allen Beteiligten gefehlt. Die Wohngeldnovelle sei zum 1. Januar 2001 in Kraft getreten. Daraufhin sei es im Jahre 2001 zu Mehrausgaben von 110 Millionen € gekommen. Dass es im Jahre 2002 noch einmal zu Mehrausgaben von mehr als 100 Millionen € kommen würde, sei beim besten Willen nicht vorauszusehen gewesen. Der Bund und alle Länder hätten sich über das Ausmaß der Auswirkungen der Gesetzesnovelle geirrt. Es liege sehr wahrscheinlich größtenteils an der wirtschaftlichen Entwicklung. - Die Konsequenz für dieses Jahr habe die Landesregierung mit dem Nachtragshaushaltgesetz gezogen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Antrag des Finanzministeriums mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen zu und bestellt Wolfgang Dietrich (CDU) als Berichterstatter.